

Ist die SPD, wie der Parteivorstand in einem Flugblatt behauptet, die "Friedenspartei" Deutschlands?

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 093/06 – 31.08.06

## Kurt Beck, die SPD und der Frieden



**Willy Brandt:**  
Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Frieden ist nicht alles, aber alles ist nichts ohne Frieden.

**Kurt Beck:**

„Ohne den Frieden ist alles andere nichts,“ hat Willy Brandt sehr zutreffend formuliert.



## Fundsachen

**Willy Brandt, in seiner ersten Regierungserklärung am 28.10.1969:** „Nur der Friede macht unsere Welt sicher; nur auf der Grundlage der Sicherheit kann der Friede sich ausbreiten. Diese Erkenntnis teilen wir mit den meisten Völkern dieser Erde. ... So wie das westliche Bündnis defensiv ist, so ist auch unser eigener Beitrag dazu defensiv. Die Bundeswehr ist weder nach ihrer Erziehung und Struktur noch nach ihrer Bewaffnung und Ausrüstung für eine offensive Strategie geeignet. Die Bundesregierung wird an dem ihrer Verteidigungspolitik zugrunde liegenden Defensivprinzip keinen Zweifel lassen. ... Auf diesem Hintergrund sage ich mit starker Betonung: Das deutsche Volk braucht den Frieden im vollen Sinne dieses Wortes auch mit den Völkern der Sowjetunion und allen Völkern des europäischen Ostens. Zu einem ehrlichen Versuch der Verständigung sind wir bereit, damit die Folgen des Unheils überwunden werden können, das eine verbrecherische Clique über Europa gebracht hat.“

**Kurt Beck, auf der Abrüstungskonferenz der SPD am 26.06.2006:** „Eins bleibt klar: Wir wollen keine neue Spirale des Wettrüstens. Weder global noch in einzelnen Regionen. Deshalb sagen wir ganz klar: Wir wollen keinen atomar bewaffneten Iran! Der Iran muss glaubhaft machen, dass er solche Waffen nicht anstrebt. Wir wollen auch keine Massenvernichtungswaffen bei anderen Staaten, und wir müssen mit allen Nachdruck verhindern, dass solche Waffen in Hände von menschenverachtenden Terroristen gelangen. ... Die SPD hat sich immer als Friedenspartei verstanden. Im Rahmen unseres umfassenden Sicherheitsbegriffs setzen wir uns dafür ein, präventiv Konflikte zu verhindern. Mit politischen, wirtschaftlichen, entwicklungspolitischen und diplomatischen Mitteln wollen wir bei den Ursachen von Auseinandersetzungen ansetzen. ... Wir haben kein Verständnis dafür, dass einzelne Staaten laut darüber nachdenken, Atomwaffen taktisch und vermeintlich „begrenzt“ einzusetzen. Das wäre ein gefährliches Spiel mit dem Feuer.“

**Aus einem aktuellen Flugblatt des SPD-Parteivorstandes:** „Abrüstung, Rüstungskontrolle und nukleare Nichtverbreitung bleiben Kernpunkte sozialdemokratischer Außen- und Sicherheitspolitik. Sie sind Bestandteile unserer nachhaltigen und präventiven Sicherheitsstrategie. Wir halten konsequent an dem Friedenskurs fest, den Gerhard Schröder unter seiner Kanzlerschaft eingeschlagen hat.“

### **Der Vier-Punkte-Plan der SPD (vorgelegt von Kurt Beck) ...**

- Nukleare Abrüstung der Atommächte und Verhinderung der Weiterverbreitung von Atomwaffen. Wir halten am Ziel einer vollständigen Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest.
- Stärkung der internationalen Organisationen, die sich für Abrüstung und nukleare Nichtverbreitung einsetzen (z. B. der Internationalen Atomenergiebehörde).
- Klares völkerrechtliches Verbot des Einsatzes von Atomwaffen. Die Debatte um den Einsatz von „taktischen“ Atomwaffen ist gefährlich!
- Wiederaufnahme der konventionellen Abrüstung. ...

**Die SPD ist die Friedenspartei in Deutschland.“**

---

## **Ist die SPD „die Friedenspartei“ Deutschlands?**

### **Die Kriegspolitik Gerhard Schröders**

Beginnen wir mit den beiden kühnen Behauptungen, der SPD-Kanzler Gerhard Schröder habe einen Friedenskurs eingeschlagen, und die SPD sei immer noch eine Friedenspartei.

In dem völkerrechtswidrigen NATO-Luftkrieg gegen Serbien hat die Schröder/Fischer-Regierung erstmals nach dem Zweiten Weltkrieg die Bundesrepublik wieder an einem Schießkrieg beteiligt und Tornados der Bundesluftwaffe mit bombardieren lassen. Deutsche Soldaten waren im Kosovo und sind bis heute in Afghanistan in Kampfhandlungen verwickelt. Einheiten der Bundesmarine halten am Horn von Afrika den US-Kampftruppen im Irak den Rücken frei.

Die Angriffskriege in Jugoslawien, in Afghanistan und im Irak wurden und werden alle ohne UN-Mandat geführt, waren und sind also völkerrechtswidrig und – was die deutsche Beteiligung angeht – auch verfassungswidrig. Die Aussage des ehemaligen SPD-Verteidigungsministers Struck, die Bundesrepublik werde auch am Hindukusch verteidigt, ist nicht mit dem im Grundgesetz festgelegten Auftrag der Bundeswehr zur Landesverteidigung zu rechtfertigen, denn unsere Verfassung verbietet der Bundeswehr Angriffshandlungen jeder Art, auch solche im Ausland.

Trotz öffentlicher Beteuerungen Schröders, die Bundesrepublik halte sich aus dem Irak-Krieg heraus, war und ist unser Land bis heute an diesem Krieg maßgeblich beteiligt. Ohne die uneingeschränkte Nutzung des deutschen Luftraums und die Einbeziehung der US-Militärbasen in Deutschland könnten die US-Streitkräfte ihre völkerrechtswidrigen Angriffskriege im Mittleren Osten kaum so reibungslos und so lange führen, wie sie es bis heute tun.

Es ist schon vermessen, vor diesem Hintergrund zu behaupten, die SPD sei nach wie vor eine „Friedenspartei.“ Schon unter ihrem Kanzler Helmut Schmidt, der sich damit brüstete, der Vater des sogenannten „Nachrüstungsbeschlusses“ zu sein, und maßgeblich zu der Stationierung US-amerikanischer Mittelstreckenraketen der Typen Pershing II und Cruise Missile beitrug, die der CDU-Kanzler Helmut Kohl durchsetzte, hat die SPD sich von der Politik des friedlichen Ausgleichs unter Willy Brandt verabschiedet.

### **Die Friedenspolitik Willy Brandts**

Als Willy Brandt am 28. Oktober 1969 Kanzler wurde, begann die Entspannungspolitik, die letztlich zum Ende des Kalten Krieges führte und den Eisernen Vorhang quer durch Europa und unser Land verschwinden ließ.

Nicht die drohend nach Osten gerichteten neuen US-Raketen, die uns Herr Schmidt beschert hatte, beendeten den Ost-West-Konflikt. Die großen Demonstrationen der deutschen Friedensbewegung zu Beginn der 80er Jahre des letzten Jahrhunderts haben unsere Nachbarn im Osten davon überzeugt, dass auch die Mehrheit der Deutschen hinter der immer noch aktuellen Forderung Willy Brandts stand und steht: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen! Nach der Wiedervereinigung, dem Rückzug der sowjetischen Truppen aus Mitteleuropa, der Auflösung des sogenannten „Warschauer Paktes“ und dem anschließenden Zerfall der Sowjetunion hätte sich auch die NATO auflösen können. Mit dem Abschluss des „Vertrages über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ vom 12.09.1990 und der Wiedervereinigung ist eigentlich auch der „Vertrag über den Aufenthalt ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland“ vom 23.10.1954 erloschen. Er blieb durch Notenwechsel der Kohlregierung mit den westlichen Verbündeten in Kraft, kann aber mit einer Frist von zwei Jahren jederzeit gekündigt werden.

Wenn die SPD die Friedenspartei Willy Brandts geblieben wäre, hätte ihr Kanzler Gerhard Schröder, unterstützt von dem einst so heftig friedensbewegten Guru der Grünen, Herrn Joschka Fischer, den Aufenthalt der US-Streitkräfte in Deutschland schon zwei Jahre nach

seinem Regierungsantritt im Jahr 1998 beenden können. Auf diese Idee kamen aber weder die SPD noch die inzwischen Oliv-Grünen, die nach ihrem Eintritt in die Bundesregierung Frieden kaum noch ohne, aber auch mit Waffen schaffen wollten.

Der seit Oktober 1994 amtierende Ministerpräsident Kurt Beck tat ebenfalls nichts, um sein Rheinland-Pfalz – den bis heute größten Flugzeugträger der US-Streitkräfte – endlich abzurüsten.

### **Die sogenannte „Friedenspolitik“ Kurt Becks**

Kurt Beck legt immer noch allergrößten Wert auf ein gutes Verhältnis zu den US-Militärs in seinem Bundesland. Erst kürzlich hat er das 52nd Fighter Wing in Spangdahlem an dessen Tag der offenen Tür mit seinem Besuch beehrt, obwohl er wissen muss, dass die F-16 und A-10 Kampffjets dieses Geschwaders in allen völkerrechtswidrigen US-Kriegen eingesetzt werden und vielen unbeteiligten Menschen den Tod bringen (s. LP 069/06).

Mit seinem Innenminister Bruch kämpft er verzweifelt um die Erhaltung jeder US-Militärbasis; so soll ein privat finanziertes Wohnungsbauprogramm möglichst viele US-Soldaten an Baumholder oder die Westpfalz binden. Wenn die Forderung nach Abrüstung in seinem Vier-Punkte-Plan ernst gemeint wäre, müsste er doch freudestrahlend die freiwillige Schließung jedes weiteren US-Stützpunktes in Rheinland-Pfalz begrüßen und ständig darauf drängen, dass auch die US-Flugplätze verschwinden, an deren Schließung die US-Streitkräfte bisher nicht gedacht haben.

Wenn er Atomwaffen abrüsten will, soll er doch einmal mit den 130 Atombomben auf der US-Air Base Ramstein und den 20 weiteren auf dem Flugplatz der Bundesluftwaffe in Büchel anfangen. Sein Landesparlament hat ihn doch schon in der letzten Legislaturperiode, als die SPD noch nicht die absolute Mehrheit in Mainz hatte, beauftragt, auf den Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz hinzuwirken. Als neuer SPD-Bundesvorsitzender und künftiger Kanzlerkandidat seiner Partei kann er doch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf gleicher Augenhöhe um diesen wichtigen Abrüstungsschritt ringen.

Das ist umso notwendiger, weil es sich bei den in Rheinland-Pfalz gelagerten Atombomben um taktische Atomwaffen handelt, die er zu Recht für besonders gefährlich hält.

Die Bundesrepublik hat sich durch die Unterzeichnung des „Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen“ dazu verpflichtet, selbst nicht über Atomwaffen zu verfügen. Es wird also höchste Zeit, dass die Atombomben aus Büchel verschwinden, damit uns niemand mehr vorwerfen kann, Deutschland könne im Ernstfall vertragswidrig doch Atomwaffen einsetzen. Mit dem Abzug dieses Nukleararsenals könnte die Bundesrepublik anderen Staaten wie dem Iran mit gutem Beispiel vorangehen und es ihnen erleichtern, auf eigene Atomwaffen zu verzichten.

Da Herr Beck schon die Debatte über den Einsatz taktischer Atomwaffen für gefährlich hält, sollte er sich doch direkt an die Leute wenden, die sie in Gang gesetzt haben. Warum schickt er nicht seinen Innenminister Bruch erneut nach Washington ins Pentagon, damit der dort – notfalls wieder nach Zahlung eines hohen „Eintrittsgeldes“ an ein US-Anwaltsbüro – unmissverständlich klar machen kann, dass die taktischen Atomwaffen wegen ihrer besonderen Gefährlichkeit sofort aus Ramstein und Büchel verschwinden müssen. Bei gelegentlichen Besuchen auf US-Flugplätzen wie Spangdahlem oder Ramstein könnte Ministerpräsident Beck bei einem Glas Wein oder einem Bourbon den US-Generalen auch selbst nahe bringen, was er von ihrem blutigen Handwerk hält, und wie sehr er den Einsatz taktischer Atomwaffen fürchtet.

Wir empfehlen Herrn Beck dringend, sich nicht an dem angeblichen „Friedenskurs“ seines fahnenflüchtigen Parteifreundes Gerhard Schröder zu orientieren und nicht über neue Bundeswehreinmätsätze – diesmal im Libanon – zu schwadronieren. Die SPD und ihr Bundesvorsitzender sollten sich endlich an die in seiner „Abrüstungsrede“ wohlweislich ausgesparte Maxime Willy Brandts erinnern: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen!“ Gerade er hätte allen Grund zur Umkehr und Neubesinnung, denn die derzeit laufenden völkerrechts- und verfassungswidrigen US-Angriffskriege gehen vor allem von US-Depots und US-Flugplätzen in seinem Bundesland aus und werden im Luftraum darüber mit großem Getöse vorbereitet. Diese Vorbereitungen sind nicht zu übersehen und schon gar nicht zu überhören. Wenn er Informationen dazu lieber schwarz auf weiß hätte, soll er STARS AND STRIPES oder die LUFTPOST lesen.

Es gibt viel zu tun Herr Beck, packen Sie es mit ihrer „Friedenspartei“ SPD endlich an!

---

## **Ach, iwwerischens ...**

*Ich glaab, wann de Willy heit erlääwe misssd, was sei Nachfolscher fer e Schduss vezabbt hann un als noch vezabbe, deederse allmenanner ganz gewaldisch in den Senkel schdel-le. Was sei Bardei uns heit als „Friedenskurs“ vekaafe will, deedne ganz beschdimmd fuchsdeiwelswild mache, un de Kurdi kreeschd e Aaschiss, dassem es Heere un Siehe vegehe deet. Es is e Schann, wie die Karrierischde un Opportunischde die Bardei vum Bebel un vum Brandt an die Wand gefahr hann.*

*Die „Genosse“ hossere brav em Bush un seine Hinnermänner no un wolle gleichzeidisch met leere Veschbrechung e iwwer „Abrüstung“ neie Wähler keedere. Un die Harzkrämer schäme sich noch net emol fer denne Beschiss, wo se de Leit zumude.*

*Sei froh Willy, dassde dess nimmi erlewe muschd. Met demm, was du gewolld haschd, hat de Kurdi heit nix mäa am Hut. Dei Schuh sinnem halt veel ze groß, un do wachsd e aa nimmi eninn.*

---

### **Wichtige Telefonnummern**

|   |                |
|---|----------------|
| Luftwaffenamt Köln, gebührenfrei unter der Nummer | 0800 / 8620730 |
| Verbindungsbüro Flugplatz Ramstein                | 06371 / 952655 |
| Innenministerium RLP –Flugbetrieb                 | 06131 / 163382 |
| Staatskanzlei Rheinland-Pfalz Mainz               | 06131 / 164700 |
| Bürgertelefon Verteidigungsministerium Berlin     | 01888 / 242424 |

---

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern